

## **Zeit Voranzuschreiten**

Die weltweite Finanzkrise und eine immer bedrohlicher wirkende Klimakatastrophe: Die Zukunft sieht nicht rosig aus. In den Vereinigten Staaten ist mit Barack Obama ein visionärer Politiker zum Präsidenten gewählt worden. Obama ist festen Willens die Finanzkrise zu nutzen, um Infrastrukturen aufzubauen. Basis für den wirtschaftlichen Aufschwung sind saubere Technologien. Diese sind gleichzeitig Voraussetzung um den Klimawandel erfolgreich einzudämmen. Mit einem derartigen Programm kann sowohl Wohlstand als auch Klimaschutz erreicht werden.

Deutschland gibt derzeit ein ernüchterndes Bild ab. Gute vorhandene Ansätze könnten zu einem ähnlich visionären Gesamtbild ausgebaut werden. Doch in einer kritischen Zeit verlegen sich Merkel, Glos und Co auf eine Defensivstrategie, die im besten Fall eine Aufschiebung eines anstehenden Strukturwandels bedeutet - aber im schlechtesten Fall die Basis gerade der deutschen Industrie zerlegt.

Die Automobilbranche ist die Schlüsselindustrie Deutschlands. Arbeitsplätze und Wohlstand hängen direkt oder indirekt am Autobau. Doch gleichzeitig führt der Autoverkehr auch zu bedeutenden Treibhausgasemissionen. Deswegen strebte die EU ein Ziel von 120 gCO<sub>2</sub> pro km für 2012 an – eine der wirkungsvollsten Maßnahmen, den CO<sub>2</sub> Ausstoß einzuschränken. Statt in Innovation investieren die Autohersteller in Lobbyismus. Unter dem Druck der deutschen Autoindustrie weichten Merkel, Glos und Gabriel das Ziel bis zur Unkenntlichkeit auf – effektiver Klimaschutz ist Fehlangelegenheit. Doch auch industriepolitisch ist diese Verwässerung der Klimaziele ein Debakel. Verbraucher fragen nach umweltfreundlichen Autos und bezahlbaren Verkehrsmitteln. Nur die Autofirmen werden auf dem zukünftigen Markt Erfolg haben, die sich am schnellsten auf diese veränderte Situation einstellen. Die neuen EU-Ziele nehmen jeden Innovationsdruck auf die deutschen Automobilhersteller. Das Beispiel der drei großen amerikanischen Autohersteller zeigt, wo solche missverständliche Industriepolitik enden kann. Diese werden – wenn überhaupt – nur mit einer Palette energieeffizienter Autos wieder hochkommen.

Ein ähnliches Muster spielt sich im europäischen Emissionshandel wieder. Die Obergrenzen sind so schwach, dass sie keine Wirksamkeit entfalten können. Schlimmer noch: die Zertifikate sollen immer noch umsonst an die Umweltverschmutzer herausgegeben werden. Damit verdienen die größten Klimasünder auch noch am meisten Geld. Ganz anders Obamas Regierung in spe: klares Ziel ist die Versteigerung der Zertifikate von Anfang an. Amerikanische Experten weisen dabei explizit auf die europäische Erfahrung hin. Die einzigen, die von der freizügigen Verteilung der Zertifikate nicht lernen, sind die Europäer.

Mitursache dieses Missmanagements sind überkommene Strukturen in Berlin. Auto- und Energieindustrie haben freien Zugang zu Wirtschaftsministerium und Kanzleramt und bestimmen maßgebliche Entscheidungen. Natürlich sind diese Industrien zentral für das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands. Doch hier wedelt der Schwanz mit dem Hund. Eine kleine Kaste intelligenter aber eigensinniger Manager hat überproportionalen Einfluss und vermeint Eigeninteresse mit Allgemeinwohl gleichsetzen zu können. Gute Industriepolitik kann jedoch nicht mit kurzfristigen Profitinteressen gleichgesetzt werden.

Statt in derart undurchdachter Verteidigung des Bestehenden sollte Deutschland seine Zukunft in der kontrollierten Offensive suchen. Studien der Universität Berkeley haben gezeigt, dass staatliche Investitionen, ausgedehnt über einen längeren Zeitraum, die Grundlage für neue Industrien schaffen. Ein Beispiel hier ist die Biotechnologiebranche. Steuereinnahmen und Arbeitsplätze sorgen dann für vielfachen gesellschaftlichen Ertrag, etwa im Verhältnis 20:1. Der Nobelpreisträger Robert Solow hat schon vor 50 Jahren aufgezeigt, dass 90% des Wirtschaftswachstums auf öffentliche und private Investitionen in Innovationen zurückgeht. Darüber hinaus schafft jeder Euro, der in erneuerbare Energien investiert wird, 3-5 mal mehr Arbeitsplätze als wenn der Euro in fossile Energien investiert wird. In Washington ist diese Erkenntnis angekommen: Obama sieht 15 Milliarden Dollar jährlich allein für Forschung und Entwicklung von grünen Energietechnologien vor. In den ersten zwei Jahren sollen 100 Milliarden Dollar in die Bereiche Wärmedämmung, öffentlicher Nahverkehr, intelligente Energienetze, Wind- und Solarenergie und Biotreibstoffe der zweiten Generation angelegt werden.

Die Bundesregierung sollte desgleichen tun und jetzt investieren, damit die Industrien der Zukunft aufbauen. Staatliche Energieforschung und Bereitstellung kann erheblich ausgeweitet werden. Wenn die Regierung den Willen zeigt, nachhaltige Energiebereitstellung und intelligente, IT-basierte Lösungen langfristig zu fördern, dann können neue Schlüsselindustrie entstehen.

Die deutschen Ingenieure sind die besten der Welt und es gibt keinen Grund, dieses Kapital brach liegen zu lassen. Unter angemessenem Druck können die deutschen Autobauer bis 2012 ihre Flotten viel sparsamer gestalten. Bonusregeln und geschickte Subventionen können zu einem Durchbruch von Elektroautos und Elektrofahrrädern führen. Diese Produkte können die neuen Exportschlager werden – doch nur wenn rechtzeitig investiert wird. Doch dessen nicht genug: Autofirmen können künftig Mobilität im weiteren Sinne anbieten. Menschliche Transportbedürfnisse, nicht aber schwere Stahlkarosserien, sollten im Zentrum stehen. Dabei gilt es den Komfort des Individualverkehrs mit der Effizienz des öffentlichen Nahverkehrs zu verbinden. Die Regierung kann dabei den Startschuss geben und Firmen Aufträge geben, um Städte mit modernen Straßenbahnen und mit einem Netz von Aufladstationen für Elektrofahrzeuge zu versorgen.

Ähnliches gilt für die Energiebranche. Statt Zertifikate an die Kohlekraftwerksbetreiber wie EON und RWE zu verschenken, müssen alle Zertifikate versteigert werden. Statt überkommene Fossilzeitstrukturen zu subventionieren, sollten Gelder in die Erweiterung des Stromnetzes gesteckt werden. Ein erhebliches Investitionshemmnis in die Zukunftstechnologie Offshore-Wind, fehlender Netzanschluss, kann so eliminiert werden. Offshore-Wind kann damit ein neuer Markt für die großen Energieunternehmen werden. Eine Vielzahl von smarten Steuerungstechnologien kann den Stromverbrauch stark senken. Nachfragemanagement kann die Nutzung von Sonnen- und Windenergie mit den Konsummustern in Einklang bringen. Diese Technologien werden im Weltmarkt nachgefragt werden. Es wäre fahrlässig diese Entwicklung zu verschlafen.

Eine derartige wirtschaftliche Umstrukturierung garantiert das Schaffen neuer Arbeitsplätze und wirtschaftlicher Aktivität. Ein Teil dieses Programms könnte kurzfristig wirksam werden, etwa durch die Ausweitung vorhandener Projekte oder Finanzierung kommunaler Pläne zur Verbesserung der Energieeffizienz. Wichtiger jedoch: eine

vorausschauende Energie- und Klimapolitik sichert auch unsere langfristige Zukunftsfähigkeit.

Zusammenfassend: ambitionierter Klimaschutz ist auch gute Industriepolitik. Rhetorisch haben Merkel und Gabriel dies verstanden. Die Strategiepapiere der Energieberater um Obama weisen daraufhin, dass die USA einen Schritt weiter ist und diese Erkenntnis sehr bald auch aggressiv in Handlung umsetzen wird. Deutschland, es ist Zeit Voranzuschreiten!

*Dr. Felix Creutzig ist Postdoctoral Fellow an der University of California, Berkeley, und beschäftigt sich mit der Ökonomie des Klimaschutzes. Er ist Mitherausgeber von „Energie, Macht, Vernunft – der umfassende Blick auf die Energiewende“, ISBN 978-3868580709.*